

des Marktes, der sich nicht mehr auf die Verheißungen eines steigenden Wohlstands zu gründen vermag, erscheint es dennoch nicht allzu vermessen, eine Fortdauer, wenn nicht gar Steigerung des Klimas sozialer Verunsicherung zu prognostizieren. Anzeichen dieser Entwicklungen finden sich mindestens in zweierlei Hinsicht: Erstens durch den wachsenden Un-

mut in Gestalt zunehmender Entfremdungstendenzen vom wirtschaftlichen und politischen System. Und zweitens durch eine veränderte Sozialstruktur, die nicht nur die feste Verankerung des Lebensentwurfs für immer größere Kreise der Bevölkerung erschwert, sondern die Zweifel an der Legitimität der Ungleichheits- und Verteilungsordnung noch forciert. ■

*Beyhan Şentürk*

## **Im Vordergrund steht die Demokratie, im Hintergrund die Herkunft**

### **Zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten in Deutschland**

*Kürzlich wurde der 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Türkei feierlich begangen. Andere Länder folgten. Anfänglich als »Gastarbeiter« stigmatisiert, wurde Deutschland für viele zur neuen Heimat und selbst zu einem Einwanderungsland. Heute leben hier über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Wie steht es um deren Integration? Ihr ehrenamtliches Engagement kann hier als Gradmesser fungieren.*

Ich bin einer, der es auf einem Stuhl nicht aushält, auf einem Sessel nicht, auch auf Tagungen nicht und sonstigen Diskussionsforen«, beschreibt Kazim Erdogan seinen Tatendrang. Der 58-jährige Türke ist seit Jahrzehnten in Berlin zuhause. Neben seiner Stelle im Psychosozialen Dienst engagiert er sich ehrenamtlich in vielen Projekten. Für seinen unermüdelichen Einsatz wurde er schon oft ausgezeichnet. Erst kürzlich erhielt er den taz-Panter-Preis für sein Engagement als ehrenamtlicher Leiter einer Vätergruppe in Neukölln. Rund 50 Männer, vornehmlich mit türkischem Hintergrund, treffen sich hier regelmäßig um sich über persönliche Themen auszutauschen – für die sie in ihrem sonstigen Leben wenig Raum finden. Kazim Erdogan ist ein Beispiel, wie sich Migrantinnen und Migranten hierzulande engagieren.



**Beyhan Şentürk**

Referentin in der Abt. IEZ der FES, war bis Ende 2011 Referentin für Seniorenpolitik im Forum Politik und Gesellschaft der FES. Mit Bettina Luise Rürup gab sie 2011 heraus: *Mittelmang. Bürgerschaftliches Engagement · Zuwanderung · Alter*. 20 Porträts (Verlag J.H.W. Dietz).

beyhan.sentuerk@fes.de

### **Vom wissenschaftlichen Diskurs nur schwer zu fassen**

Nach Angaben des Freiwilligensurveys von 2004 ist diese Gruppe weniger ehrenamtlich aktiv als der gesamtgesellschaftliche Durchschnitt. Freiwillig engagiert sind lediglich 23 % aller befragten Einwandererinnen und Einwanderer; demgegenüber stehen 37 % aller Befragten ohne Migrationshintergrund, die angaben, sich freiwillig zu engagieren. Der Freiwilligen-

survey von 2009 ergab, dass die Zahlen für die Migrantinnen und Migranten konstant geblieben sind. Die Angaben sind jedoch mit Vorsicht zu genießen und zu interpretieren. Die genaue Zahl und die Form des Engagements von Migrantinnen und Migranten sind nur ausschnittsweise zu erkennen: In den letzten Jahren ist die Zahl der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu diesem Thema zwar gestiegen, aber es mangelt nach wie vor an umfassenden, repräsentativen Studien über das bürgerschaftliche Engagement von Zuwandererinnen und Zuwanderern in Deutschland. Viele Arbeiten haben einen regionalen Ansatz oder differenzieren nach Herkunftsländern. Auch die konzeptionellen Ansätze der Untersuchungen führen gelegentlich zu verzerrten Wahrnehmungen: Viele Migrantinnen und Migranten engagieren sich in ihrem direkten Umfeld und sind weniger in formalen oder institutionalisierten Strukturen eingebunden wie es oft in Deutschland üblich ist. Informelles Engagement wird in den gängigen Studien jedoch meist nur am Rande oder gar nicht berücksichtigt. Außerdem wird meist in deutscher Sprache geforscht, sodass ein Teil der zu untersuchenden Gruppe erst gar nicht erreicht bzw. befragt wird. Eine Übersetzung würde auch nur bedingt helfen, da sich bisweilen Bezeichnungen wie »bürgerschaftliches Engagement« oder »Ehrenamt« nur schwer übersetzen lassen. Ist bereits im deutschen Diskurs die Gefahr von Verständnisschwierigkeiten begründet – zählt etwa die Nachbarschaftshilfe bereits dazu oder nicht? –, müssen Übersetzungen inhaltliche Konnotationen transportieren, die in manchen Fremdsprachen nicht vorgesehen sind. So gibt es beispielsweise im Türkischen keine Begriffe wie bürgerschaftliches Engagement. Hier verwendet man Umschreibungen wie »fahri yapilan görev« / »eine Aufgabe, die man ehrenhalber ausführt« oder »gönüllü« / »von Herzen kommend«. Diese und andere Fakto-

ren führen dazu, dass der Einsatz dieser Bevölkerungsgruppe nur schwer im wissenschaftlichen Diskurs erfasst wird und damit in der öffentlichen Wahrnehmung weniger sichtbar ist.

### Zugänge erleichtern

Davon ungeachtet lässt die Sinus-Milieu-Studie von 2009 darauf hoffen, dass es möglich ist, die Engagemtrate in dieser Bevölkerungsgruppe zu steigern. Demnach gaben 20 % der Befragten an, dass sie bereits an Entscheidungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft involviert waren. Mehr als doppelt so viele Personen, nämlich 42 %, bekundeten ihr Interesse an der Beteiligung an derartigen Prozessen und damit für ein lokales Engagement. Ähnliches lässt auch der Freiwilligensurvey von 2009 für die Gruppe der Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte vermuten. Demnach sind 22 % aller Befragten zwischen 14 und 24 Jahren freiwillig engagiert – bei den Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund sind es 38 %. Allerdings gaben fast doppelt so viele junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, nämlich 38 %, an, dass sie sich vielleicht engagieren würden. An der mangelnden Bereitschaft liegen die unterdurchschnittlichen Engamentquoten folglich nicht. Die Zugänge zum Engagement müssen erleichtert werden.

Hier besteht Handlungsbedarf, den beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Bagfa) erfreulicherweise jetzt aufgegriffen hat. Unter dem Titel »Unterwegs! – Anregungen zur interkulturellen Öffnung von Freiwilligenagenturen« veröffentlichte sie jüngst einen Leitfaden für Freiwilligenagenturen, um Hilfestellung in der Arbeit mit Freiwilligen aus dem Migrantenmilieu zu leisten. In einem zweijährigen Projekt haben vier Mitgliedsorganisationen ihre Erfahrungen in der Arbeit mit dieser Zielgruppe

gesammelt und dokumentiert. Selbstkritisch konstatiert die Bagfa ein Wissensdefizit im Finden und Binden von Ehrenämtern mit Zuwanderungsgeschichte. Bisher gebe es in den Freiwilligenagenturen wenig praktische Erfahrungen mit dieser Zielgruppe. Ihre Bedarfe und Bedürfnisse seien weitgehend unbekannt. Die Broschüre sensibilisiert und gibt Tipps im Umgang mit den Menschen, die oft erhellend und manchmal sehr banal klingen. So sei beispielsweise eine deutliche Willkommenskultur sowie die persönliche Ansprache wichtig, was zur Konsequenz habe, dass die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten durchaus zeitintensiv ausfallen könne. Beim Lesen dieser und anderer Empfehlung entsteht unweigerlich die Frage, ob sich Aktive mit Zuwanderungsgeschichte so sehr von anderen Zielgruppen unterscheiden.

Um diese brach liegenden Potenziale mittelfristig nutzbar zu machen, bedarf es mehr als nur einer bewussten Zielgruppenansprache. Es braucht nicht nur passgenaue Angebote für potenzielle Ehrenämter, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Diskussion über das Engagement von Migrantinnen und Migranten. Der Diskurs wird nach wie vor dominiert von einem integrationspolitischen Ansatz. Diskutiert man bürgerschaftliches Engagement bei allen anderen Bevölkerungsgruppen ansonsten eher unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern, drehen sich bei Einwandererinnen und Einwanderern die Diskussionen oftmals um die Frage, ob und inwiefern es ihrer Integration nützt. Die Zahlen werden zitiert, um zu dokumentieren, dass die Migrantinnen und Migranten in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind oder – je nach Lesart – nicht ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten und sich in einer Art selbstgewählter Ausgrenzung eingerichtet haben. Diese Form des Diskurses ist latent defizitorientiert und verkennt,

dass der Einsatz dieser Bevölkerungsgruppe noch viel weitreichendere Chancen birgt. Sicherlich unterstützt das bürgerschaftliche Engagement der eingewanderten Menschen die Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien und Religionen hierzulande und stärkt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber es ist an der Zeit, die Reduzierung des Engagements als eine Art Integrationsbarometer aufzugeben und den Blick zu weiten. Das Engagement der Einwandererinnen und Einwanderer ist so zu sehen, wie es bei allen übrigen Bevölkerungsgruppen auch

betrachtet wird: unter dem Aspekt der gesellschaftspolitischen Partizipation und des Gestaltungswillens. Das bürgerschaftliche Engagement ist ein Mittel, um unsere Demokratie lebendig zu halten. Die Herkunft der Menschen sollte hierbei ohne Bedeutung sein.

Auch ist es notwendig, das geleistete Engagement anzuerkennen und wertzuschätzen. So wurden beispielsweise lange Zeit sogenannte Migrantenselbstorganisationen kritisch beäugt und ihre Arbeit kaum anerkannt. Einrichtungen, die sich überwiegend an der ursprünglichen Herkunft ihrer Mitglieder orientieren und sich vornehmlich um die Belange dieser Menschen kümmern, können nur selbstausgrenzend wirken, so eine gängige Zuschreibung. Dass solche Zusammenschlüsse durchaus als Multiplikatoren in die Migrantengemeinschaften hineinwirken und als Ansprechagenturen für Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft fungieren können, wurde lange Zeit nicht als Chance begriffen. Hier zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab. So publizierte kürzlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Studie

mit dem Titel »Kooperation mit Migrantenorganisationen«, die darüber Aufschluss geben will, »wie Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und anderen Trägern erfolgreich und gleichberechtigt gestaltet werden können«.

Darüber hinaus ist es Zeit für eine interkulturelle Öffnung der Institutionen. Haben Politik und Verwaltung in Deutschland bereits erkannt, dass innerhalb ihrer Strukturen die Zahl der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte unterrepräsentiert ist, scheint ein Bewusstsein in engagementpolitischen Kreisen noch nicht vorhanden zu sein. Zentralen Akteuren mangelt es auf verschiedenen Leitungsebenen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungsgeschichte. Eine Sichtbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe in den hauptamtlichen Strukturen würde nicht nur gesellschaftliche Realitäten abbilden, sondern auch helfen, diese Zielgruppe zu erreichen. Die entsprechenden Organisationen müssen sich fragen lassen, inwiefern sie offen sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte. ■

Christian Demuth

## Die Piraten: Alternativ-Bewegung zur etablierten Politik

*Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen in Berlin errang die Piratenpartei ein fulminantes Ergebnis. Worin aber ist dieser Erfolg begründet? Ist dieser parlamentarische Arm des Aufstandes der Zivilgesellschaft dauerhaft oder eine Eintagsfliege?*

### Christian Demuth

(\* 1971) ist Politikwissenschaftler und zur Zeit Referent für Grundsatzfragen sowie der Zukunftswerkstatt »Demokratie« im Parteivorstand der SPD.

christian.demuth@spd.de



Die Piratenpartei schien eigentlich abgemeldet. Nach Überraschungserfolgen bei den Bundestagswahlen 2009, wo sie 2 % erhielt, ging es bergab. Nachdem sich die etablierten Parteien um Themen wie Netzsperrungen kümmerten, zudem die Piraten teilweise in Chaos und parteiinternen Auseinandersetzungen versanken, schien sie